



# ROSENBLÄTTER

DIE ZEITUNG DER SPD PINNEBERG | AUSGABE NOVEMBER 2016



## DAS KITA-GELD KOMMT!

Nach **Qualitätsverbesserungen** in den Kindergärten und einer höheren Beteiligung des Landes an den Betriebskosten sollen nun die Eltern entlastet werden.

**>> Wir wollen die Entlastung von Familien. Wir wollen ganz klar den Einstieg in die beitragsfreie Kita, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt <<**

Als Einstieg in die Gebührenfreiheit von der Krippe bis zur Hochschule brachte die Küstenkoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW im Kieler Landtag gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten das Kita-Geld auf den Weg. Ab Januar 2017 sollen Eltern zu ihrem Kostenbeitrag für die Betreuung von Kindern in der Krippe oder in Tagespflege auf Antrag monatlich bis zu 100 Euro erhalten. Über die Möglichkeit der Antragstellung sollen die Eltern benachrichtigt werden. Kristin Alheit (SPD), Sozialministerin in Kiel und frühere Pinneberger Bürgermeisterin im Landtag: „Wir wollen die Entlastung von Familien. Wir wollen ganz klar den Einstieg in die beitragsfreie Kita, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt.“ Das ehrgeizige Ziel der Gebührenfreiheit für alle Bildungseinrichtungen

will die Küstenkoalition innerhalb von zehn Jahren erreichen. Es müssen also in den nächsten Jahren weitere Schritte folgen – auch für die Betreuung von Kindern nach der Krippe. Gezahlt werden sollen das Kita-Geld und spätere weitere Entlastungen einkommenunabhängig, also auch an Eltern mit höherem Einkommen. Entsprechend der Zielsetzung, die Betreuung von Kindern in Kindergärten oder in Tagespflege wie in anderen Bildungseinrichtungen unabhängig vom Einkommen kostenfrei zu gestalten, ist das nur konsequent.

Die oppositionelle CDU im Landtag wollte das Geld lieber den Kommunen zu deren Entlastung geben, obwohl diese in den letzten Jahren erheblich mehr Zuschüsse zu den Betriebskosten der Kindergärten erhalten haben.

### AUS DEM INHALT

<b>Nimmt Fahrt auf</b> Sozialer Wohnungsbau in Pinneberg	<b>Seite 3</b>
<b>Flüchtlinge</b> Stagnation auf hohem Niveau	<b>Seite 5</b>
<b>Weißer Speiche</b> Grundstücksfrage gelöst	<b>Seite 7</b>
<b>Haushalt</b> Wie arm ist Pinneberg wirklich?	<b>Seite 09</b>

## LIEBE LESERINNEN UND LESER!

auf die „Rosenblätter“ haben Sie längere Zeit warten müssen. Leider fehlte den Redaktionsmitgliedern aus beruflichen und persönlichen Gründen die Zeit für die zum Sommer 2016 geplante Ausgabe. Das wäre noch eine Ausgabe ohne direkten Bezug auf Wahlen gewesen. Das ändert sich mit dieser Ausgabe. Am 7. Mai ist Landtagswahl in Schleswig-Holstein, der Bundestag wird im September oder Oktober gewählt und 2018 steht die Wahl zur Pinneberger Ratsversammlung an. Sie haben hoffentlich Verständnis, dass wir daher die Positionen der SPD verstärkt nennen.

In dieser Ausgabe setzen wir unsere „Straßenserie“ fort, berichten über soziale Themen, Baupläne und versuchen uns an der staubtrockenen Materie des Haushaltsplanes der Stadt. Wir hoffen, dass sie diese und die anderen Artikel mit Interesse lesen.

Mit vorweihnachtlichen Wünschen und Grüßen

Ihre Rosenblätter-Redaktion

Wir freuen uns über Ihre Meinung!  
Leserbriefe schicken Sie bitte an:  
rosenblaetter@spdpinneberg.de

## WIEDER LESERBRIEFE ERLAUBT

Wie man hört, ist das „Pinneberger Tageblatt“ seit dem lautlosen Weggang des bisherigen Chefredakteurs Holger Hartwig wieder bereit, Leserbriefe von Kommunalpolitikern abzudrucken. Das gilt auch für andere Funktionsträger, Vertreter von Organisationen, Verbänden und Institutionen, wenn es um Themen geht, die ihre haupt- oder ehrenamtliche Arbeit betreffen. Alle durften sich nach Meinung von Holger Hartwig vier Jahre lang nicht äußern, weil „Leserbriefe für Bürger gedacht seien, die sich öffentlich in der Regel nicht anderweitig äußern könnten“. Interventionen aller Fraktionen der Ratsversammlung blieben erfolglos. Der neue Redaktionsleiter Gerrit Bastian Mathiesen sieht das offenbar anders und sorgt mit der Aufhebung des Leserbriefverbots hoffentlich dafür, dass die Leserbriefspalte des „Pinneberger Tageblattes“ nicht mehr so verwaist ist und die Zeitung lebendiger wird.

### WER HAT LUST MITZUMACHEN?

In den Fachausschüssen der Ratsversammlung werden wichtige Entscheidungen für unsere Stadt diskutiert und vorbereitet. Mit dabei sind nicht nur gewählte Ratsfrauen und Ratsherren, sondern auch sachkundige Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Fraktion möchte, dass noch mehr Frauen und Männer aus Pinneberg auf diese Weise sich für Pinneberg engagieren. Dazu müssen Interessierte nicht gleich in die SPD eintreten – Reinschnuppern geht auch. Aktuell ist ein Platz im Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren frei. Kindergärten, Flüchtlinge und Hilfe für Wohnungssuchende sind unter anderem die Themen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigt.

Wer interessiert ist, kann sich an die SPD-Fraktionsvorsitzende Angela Traboldt, Hätschenkamp 34, 25421 Pinneberg, Tel.: 04101/62415, E-Mail: a.c.traboldt@gmail.com



ALLES NICHT SO SCHLIMM ...





## SOZIALER WOHNUNGSBAU NIMMT FAHRT AUF

**Pinneberg** hat weiterhin großen Bedarf an bezahlbarem und öffentlich gefördertem Wohnraum. Mehrere Bauprojekte in Pinneberg sollen die angespannte Lage nun verbessern.

Pinneberg braucht bezahlbare Wohnungen. „Der Bedarf ist groß und er wird weiter steigen“, ist sich Gerhard Thomssen (SPD) sicher. Nicht nur viele Pinneberger seien auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, so der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, auch Asylbewerber, die ein Bleiberecht bekommen, müssten versorgt werden. Dies hat die SPD-Fraktion rechtzeitig erkannt und immer wieder gefordert, beim Neubau von Wohnungen auch sozial geförderten Wohnungsbau auszuweisen. „Sozial geförderter Wohnungsbau ist nun mal kein Wunschkonzert, man muss sich mit den Vorhabenträgern von Wohnungsbau immer wieder arrangieren“, so Thomssen, „da gilt es zumeist harte Nüsse zu knacken. Was die SPD allein in jüngster Zeit mit auf den Weg gebracht habe, könne sich aber durchaus sehen lassen“.

» Der Bedarf an gefördertem Wohnraum ist auch in Pinneberg groß und er wird weiter steigen «

Gerhard Thomssen (SPD)

Was den Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses in diesem Zusammenhang ärgert: Insbesondere Vertreter der Fraktion Grüne & Unabhängige würden keine Gelegenheit verstreichen lassen, mit „gespielter Entzündung“ der SPD vorzuwerfen, nicht genug sozial geförderten Wohnraum zu schaffen. „Schaut man genauer hin, dann zeigt sich, dass auf Initiative der Grüne & Unabhängige nicht eine einzige sozial geförderte Wohnung entstanden ist“, so Thomssen.

### Drei Bauprojekte schaffen neuen Wohnraum

Als Beispiel nennt der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses das Vorhaben Lindenstraße/Moltkestraße. Dort werden von der Firma Demandt und der GeWoGe 66 sozial geförderte Wohnungen errichtet. Bei der Beschlussfassung über dieses Vorhaben

# 20

Prozent der Wohnungen, die auf dem Gelände der ehemaligen ILO-Werke entstehen, werden öffentlich gefördert

# 163

sozial geförderte Wohnungen entstehen durch die Bauprojekte am Ossenpad, auf dem ILO-Gelände und dem ehemaligen Kreishausgelände.

waren die Grüne & Unabhängige dagegen. Das Projekt Mühlenauquartier, wo die Matrix Immobilien GmbH auf den ehemaligen ILO-Gelände 360 Wohneinheiten schaffen will: Die SPD bestand darauf, dass davon 20 Prozent – also 72 – sozial geförderte Wohnungen errichtet werden. Auch hier stimmten die Grünen gegen das Projekt. Ihre Forderung nach einem höheren Anteil an Sozialwohnungen mag zwar löblich sein, hätte aber zu keiner Einigung mit dem Investor über das Gesamtprojekt geführt. Wieviel geförderte Wohneinheiten es dann gegeben hätte, ist nicht schwer festzustellen: Null.

Jüngstes Beispiel für sozialen Wohnungsbau: Im Bebauungsplan 99 in Pinneberg Nord am Ossenpad sind auf Initiative der SPD weitere rund 25 öffentlich geförderte Wohnungen vorgesehen. Allein bei den oben genannten Projekten entstünden in Pinneberg also 163 sozial geförderte Wohnungen. Diese Zahl kann sich schon sehen lassen, der Bedarf ist damit aber noch nicht gedeckt. „Wir werden uns deshalb auch künftig dafür stark machen, dass in Pinneberg bezahlbare Wohnungen geschaffen werden“, verspricht Thomssen.



# PINNEBERGS NEUE MITTE

Schick, aber nicht zu luxuriös – das war das Motto für den neuen Vorplatz am Rathaus. Landesmittel machen das Projekt in Zeiten knapper Kassen möglich.

» » „Die Mittel des Städtebauförderprogrammes waren eine einmalige Chance für uns, die wir nun ergriffen haben« «

Reinhard Matthies  
(SPD)

Pinneberg bekommt eine neue Mitte. Die Bismarckstraße zwischen Rathaus und Drosteiplatz wird durch Umbaumaßnahmen ein völlig neues Gesicht bekommen – die Baumaßnahmen sollen bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Die wichtigste Veränderung: Der Bereich wird zur autofreien Zone und hat alle Chancen, zu einer kleinen „Flaniermeile“ zu werden, die die Attraktivität der Pinneberger Innenstadt weiter erhöhen kann. Die vom Lübecker Büro Trüper, Gondesen und Partner ausgearbeiteten Pläne wurden jüngst den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses vorgestellt. „Mit der Neugestaltung der Ebert-Passage, dem Büro- und Geschäftshaus sowie dem Parkhaus eröffnen sich neue Möglichkeiten und Freiheiten, die Stadtmitte ganz neu zu definieren,“ so Tonio Trüper. Im Zentrum der Diskussion standen vor allem

Veränderungen, die auf die Marktbesucher zukommen. Diese sollen nun auch am Sonnabend ins Zentrum der Stadt auf den Drosteiplatz und die neugestaltete Bismarckstraße umziehen. Ein Vorhaben das – vor allem unter den Markthändlern und den Marktkunden – sehr strittig diskutiert wird. Doch die Planer machten klar: Alle Stände, die bisher auf dem jetzigen Marktplatz an der Elmshorner Straße stehen, werden auch Platz auf dem neuen Marktplatz in der Innenstadt haben. Eng wird es nur, wenn Großveranstaltungen wie Jazz-Festival oder Weihnachtsmarkt stattfinden. Für diese sechs Termine soll der Markt unmittelbar zwischen Rathaus und dem gegenüberliegenden neuem Büro- und Geschäftshaus rücken. Finanziert wird das Projekt zu zwei Dritteln aus Städtebaufördermitteln des Landes. „Die Stadt trägt nur ein Drittel der 392.000 Euro Gesamtkosten. Ohne die Förderung des Landes wäre das Projekt nicht durchsetzbar gewesen“, so SPD-Ausschussmitglied Reinhard Matthies mit Blick auf die klamme Haushaltslage der Stadt: „Die Mittel des Städtebauför-

derprogrammes waren eine einmalige Chance für uns, die wir nun ergriffen haben.“ Die Baumaßnahmen sehen unter anderem eine attraktive Pflasterung im Bereich der Bismarckstraße vor. Diese soll durch halbautomatisch versenkbare Poller abgesperrt werden. Feuerwehr, Polizei, Lieferverkehr und Marktbesucher sollen aber weiterhin Zugang erhalten. Des Weiteren ist die Anpflanzung einer Mittelreihe von Zierkirschen, neue Beleuchtung und die Installation von ausreichend Sitzbänken geplant. „Wir hören von Bürgern immer wieder, dass ihnen einfache Sitzgelegenheiten fehlen“, so Matthies, der das Aufstellen von „Sitzmöbeln ohne Verzehrzwang“ ausdrücklich begrüßt. Besonderer Clou: Für Menschen mit Sehbehinderung wird in die Neupflasterung ein „taktiles Leitsystem“ integriert, bei der die Oberflächenbeschaffenheit der besseren Orientierung dienen soll.





# FLÜCHTLINGE: STAGNATION AUF HOHEM NIVEAU

Aktuell sind 745 Flüchtlinge und Obdachlose in Pinneberg untergebracht.

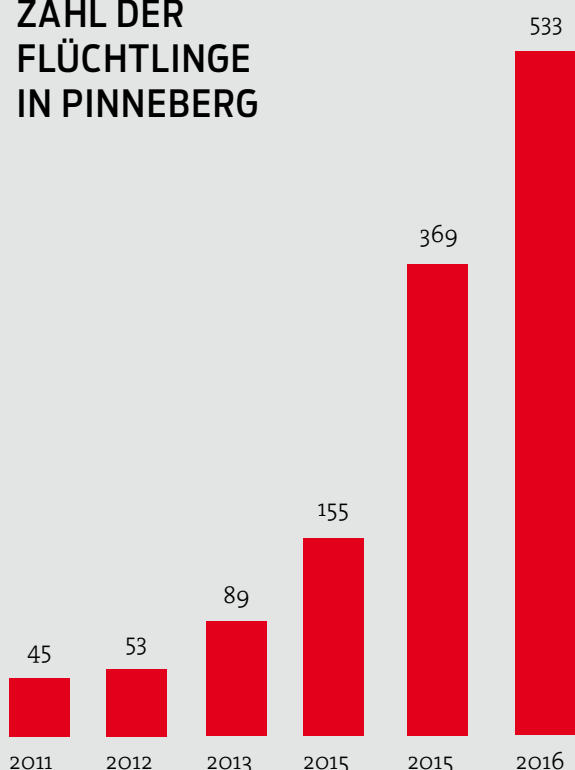
Es kommen zwar seit einiger Zeit längst nicht so viel Flüchtlinge nach Deutschland wie im vorigen Jahr, aber sie kommen weiterhin. Das Problem der Unterbringung ist für die Städte und Gemeinden deswegen nicht geringer geworden. Musste Pinneberg Ende Dezember 2015 für 642 Personen – Flüchtlinge und Obdachlose – Unterkünfte bereit stellen, waren Ende September 2016 schon 745 in stadteigenen Unterkünften, gemieteten Wohnungen und Hotels und Pensionen untergebracht. Ein Kraftakt für die Dienststellen der Stadtverwaltung, die Wohnungslosenhilfe des Diakonievereins und der vielen Ehrenamtlichen! Dass dieses bisher

zumindest nach außen ohne erhebliche Probleme bezüglich der Akzeptanz in der Bevölkerung gelungen ist, liegt sicher auch an dem von der Pinneberger SPD seit vielen Jahren geforderten und umgesetzten Konzept der dezentralen Unterbringung. Es gibt in Pinneberg keine größeren Sammelunterkünfte, die mit Problemen für die Flüchtlinge selbst und die Bürgerinnen und Bürger in der Nachbarschaft verbunden wären. Nach wie vor ist mit 145 Personen eine hohe Anzahl von Asylbewerbern und Obdachlosen (davon rd. 100 anerkannte Flüchtlinge) in teuren Hotels und Pensionen untergebracht. Ziel der Politik und der Verwaltung ist die Verringerung dieser Art der Unterbringung durch Umzüge in kostengünstigere Unterkünfte. In diesem Rahmen sollen jetzt 34 alleinstehende Flüchtlinge in die neue städtische Unterkunft an der Müssetwiete umziehen. Wegen Insolvenz des Generalunternehmers kann das fast fertige Gebäude noch nicht bezogen werden.

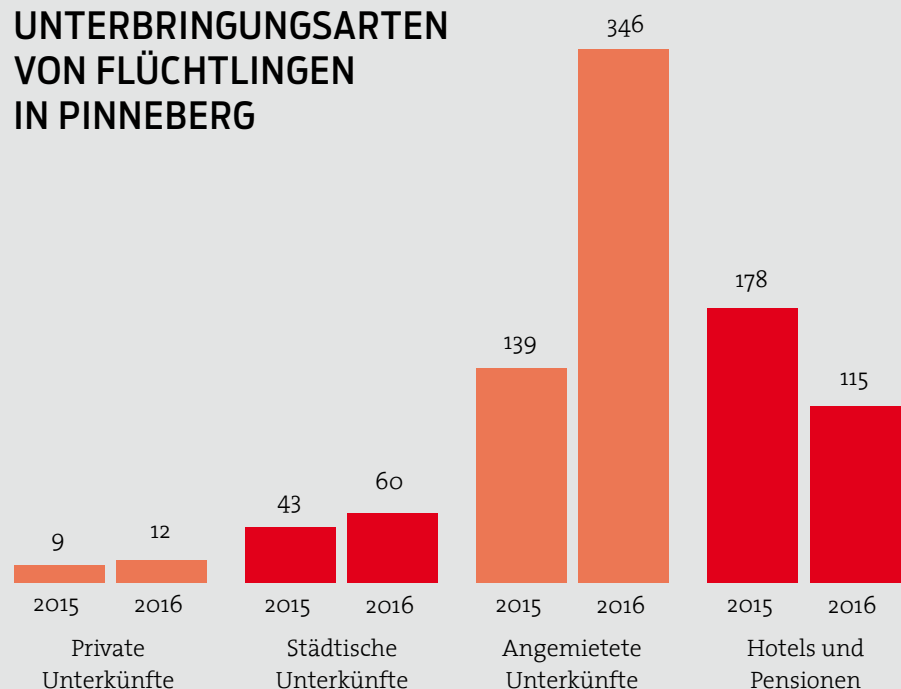
## KEINE BEVORZUGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Immer wieder ist zu hören, dass Flüchtlinge bei der Versorgung mit Wohnraum bevorzugt werden. "Das ist definitiv nicht der Fall", so Peter Brodersen, Leiter des Fachdienstes Soziale Leistungen in der Stadtverwaltung, "als Asylberechtigte anerkannte Flüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge mit befristeter Aufenthaltserlaubnis von mindestens einem Jahr werden nicht anders behandelt als andere Wohnungssuchende." 303 wohnungssuchende Haushalte sind bei der Wohnungsvermittlungsstelle der Stadt registriert. Wegen direkten Bewerbungen bei Wohnungsbau-gesellschaften ist die tatsächliche Zahl Wohnungssuchender in Pinneberg weitaus höher – und sie wird bei mehr Anerkennungen von Flüchtlingen steigen. Umso wichtiger ist es, in Pinneberg mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wo immer es möglich ist, setzt sich die Pinneberger SPD dafür ein, dass bei der Ausweisung neuer Baugebiete auch ein Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen entsteht – siehe auch Artikel auf Seite 3.

### ZAHL DER FLÜCHTLINGE IN PINNEBERG



### UNTERBRINGUNGSARTEN VON FLÜCHTLINGEN IN PINNEBERG



Gesamtzahl: 533 Flüchtlinge (Stand 30.09.2016)



## „DIE ARBEIT WIRD NIE ZUR ROUTINE“

Seit 2012 vertritt Kai Vogel (48) aus Pinneberg die SPD im Kieler Landtag. Der stellvertretende Schulleiter ist verheiratet, hat zwei Kinder. In Kiel ist Kai Vogel schulpolitischer und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Wir fragten ihn nach seiner erneuten Wahl zum SPD-Kandidaten für die Landtagswahl 7. Mai 2017

### Seit fast fünf Jahren bist Du für die SPD im Kieler Landtag. Ist die Arbeit schon Routine geworden?

Die Arbeit wird nie zur Routine werden können, da nie genau vorherzusehen ist, welches Thema gerade das politische Handeln bestimmt. Die Flüchtlingssituation 2015 ist hier ein Beispiel. Viele Abläufe, die allerdings 2012 noch ganz neu waren, wie z.B. die Haushaltsberatungen und Erarbeitungen von eigenen Anträgen, gehe ich mittlerweile routiniert an.

### Welche positiven Erlebnisse hattest Du bei Entscheidungen des Landtages – was war eher negativ?

Immer wenn etwas beschlossen wird, was das Leben der Menschen leichter macht, dann sind das positive Erlebnisse. Als schulpolitischer Sprecher habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir mehr Lehrkräfte an die Schulen bekommen. Mittlerweile sind es bereits über 2000 zusätzliche Lehrkräfte an den Schulen, das freut mich sehr. Der

Umgang zwischen Koalition und Opposition ist im Vergleich zur Kommunalpolitik sehr gewöhnungsbedürftig. Im Parlament streitet man sich vor den Kameras heftigst und anschließend trinkt man gemeinsam in der Lobby einen Kaffee und scherzt.

### Als Mitglied der Pinneberger Ratsversammlung wirkst Du bei Entscheidungen mit, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen. Ist dagegen die Landespolitik bürgerfern?

Das finde ich nicht. Gerade haben wir im Landtag beschlossen, dass alle Eltern mit einem Kind in der Krippe pro Monat um 100 Euro entlastet werden. Bürgernäher ist es in der Ratsversammlung auch nicht.

### Was hast Du persönlich in der Landespolitik erreicht?

Als einer von 35 Abgeordneten in der Koalition passiert alles nur im Team. Für meine Heimatstadt Pinneberg konnte ich aber erreichen, dass die Landesregierung über die NAH.SH den Bahnhof mit mehreren Millionen beim Umbau fördert. Es hätte auch eine andere Stadt sein können.

»» Der Umgang zwischen Koalition und Opposition ist im Vergleich zur Kommunalpolitik sehr gewöhnungsbedürftig ««

### Warum kandidierst Du erneut für den Landtag?

Wir sind mit der rot-grün-blauen Regierung mitten in der Arbeit. Die Kita-Eltern sollen z.B. jedes Jahr um weitere 100 Euro entlastet werden und die Straßen werden bereits massiv saniert, wie an den vielen Baustellen zu merken ist. Wir haben die Mittel dafür verdreifacht, doch diese beiden Aufgaben müssen weitergehen. Das passiert nur mit der SPD.

### Welche Ziele hast Du für die nächste Wahlperiode des Landtages?

In der kommenden Legislatur werden wir an allen Schulen eine 100 prozentige Unterrichtsversorgung erreichen. Auch wenn das geplant ist, müssen hier immer viele von der Durchführung überzeugt werden. Für Pinneberg werde ich weiter dafür kämpfen, dass zusätzliches Geld für die Schulsanierung bereitgestellt wird. Bisher sind es 2,1 Millionen Euro zusätzliches Geld durch meine Mithilfe, da geht hoffentlich noch mehr.





## GRUNDSTÜCK FÜR DIE WEISSE SPEICHE

Seit 25 Jahren leistet der Verein Weiße Speiche wertvolle Integrationsarbeit in Pinneberg durch gemeinsames Tandemradfahren von Blinden, Sehgeschädigten und Sehenden.

Sein Domizil hat der gemeinnützige Verein Am Hafen auf einem von der Stadt gepachteten kleinen Grundstück im Gewerbegebiet mit einer auf eigene Kosten errichteten Halle für die Tandemräder mit Werkstatt und Gemeinschaftsräumen. Der Verein möchte das Grundstück kaufen, um Sicherheit für die Fortsetzung seiner Arbeit zu haben. Der Kaufpreis wurde durch Spenden und Sponsoren aufgebracht, aber der Finanzausschuss der Stadt machte im vorigen Jahr nicht mit. Längerfristig sollte das Grundstück für Gewerbe genutzt werden.

Nach einem Appell des Seniorenbeirates hat sich die SPD-Fraktion für die Weiße Speiche stark gemacht und im Sozialausschuss, Finanzausschuss und Hauptausschuss beantragt, dem Kauf-

wunsch dieser sozialen Einrichtung zu entsprechen – mit Erfolg! Mehrheitlich hat letztlich der Hauptausschuss Anfang November den Verkauf des Grundstückes an die Weiße Speiche beschlossen. Die CDU hielt den bis 2018 laufenden Pachtvertrag mit Verlängerungsoption bis 2021 für ausreichend und argumentierte, dass sich das Verkehrsaufkommen Am Hafen durch die Westumgehung und Erschließung des Ilo-Geländes erhöhen werde. Der Verein hält dagegen den Standort auch in Kenntnis der Verkehrsplanungen für ideal. Bernd Wülken, Vorsitzender der Weißen Speiche, zur Initiative der SPD-Fraktion: "Sie können sich gar nicht vorstellen, welche Freude diese Nachricht bei mir ausgelöst hat."

Durch die Errichtung des neuen Geschäfts- und Bürohauses der Volksbank und des Parkhauses an der Friedrich-Ebert-Straße hat dieser Bereich ein erheblich verändertes Gesicht bekommen. Damit verbunden wurde die Friedrich-Ebert-Straße verbreitert und die Verkehrsführung mit Straßeninseln und einem neuen Fußgängerüberweg mit Bedarfsampel neu gestaltet. Wir fragten nach.

NACH  
GEFRAGT



### Hans Molenda

„Der Neubau prägt das Bild der Innenstadt. Das Parkhaus ist furchtbar. Parkhaus und Neubau passen architektonisch nicht zusammen. Die Umfahrung bei Bert Meyer ist problematisch, ebenso die Ausfahrt vom Parkplatz Bert Meyer. Das Linksabbiegen von Richtung Hochbrücke in die Bismarckstraße ist nicht besonders gut gelöst.“

Was halten Sie von den Neubauten an der Friedrich-Ebert-Straße und der Verkehrsführung dort?



### Peter Kasch

„Parkhaus und Neubau sind eine Etage zu hoch. Roter Klinker wäre besser gewesen. Die Verkehrsführung ist im Prinzip okay. Busse bei der Haltestelle Meyer verhindern aber eine Umfahrt, sollte verlegt werden.“



### Rolf Nahrwold

„Das Parkhaus ist ein positiver „Farbfleck“. Der helle Klinker des Büro- und Geschäftshauses gefällt mir gut. Es passt gut zur Umgebung. Die Fußgänger-Ampel hätte nicht sein müssen. Es gibt auf kurzer Strecke zu viele Ampeln.“



### Danilo Wirtz

„Das Parkhaus ist häßlich. Parkhaus und Neubau passen nicht in die Umgebung. Rotklinker wäre besser gewesen“



Ludwig Beck



Dr. Carl Goerdeler



Wilhelm Leuschner



Theodor Haubach

Claus Schenk Graf von  
Stauffenberg

## WIDERSTAND GEGEN DAS NAZIREGIME

Im Jahr 1956 wollte die SPD fünf Straßen nach Widerstandskämpfern gegen das Nazi-Regime benennen, stieß zunächst aber auf Widerstand.

Am 29. März 1956 gab die Pinneberger Ratsversammlung elf Straßen einen Namen, die zu einem Neubaugebiet südlich der Mühlenstraße gehörten. Die Fraktionen hatten dazu Vorschläge eingebracht. Einig waren sie sich bei der Memeler und der Marienburger Straße sowie der Heinrich-Christiansen-Straße (Gründer der ILO-Werke). Die SPD wollte fünf Straßen nach Widerstandskämpfern gegen das Nazi-Regime benennen: Dr. Theodor Haubach, Generaloberst Beck, Dr. Goerdeler, Wilhelm Leuschner und Oberst von Stauffenberg. Auch der Gesamtdeutsche Block BHE hatte diese Namen auf seiner Liste. Der Deutsche Wahlblock wollte keinen davon, sondern nannte Orte in Nordschleswig: Tondern, Sonderburg, Hadersleben, Knivsberg. Die SPD kennt jeder. Doch was war der Deutsche Block? Das war eine Listenverbindung von CDU, Deutscher Partei und FDP. Den BHE kennen heute nur noch wenige. Das war der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“,

der die Interessen der aus dem Osten vertriebenen Deutschen vertrat. In der Ratsversammlung hatte die SPD zwölf, der Deutsche Wahlblock zehn und der BHE drei Sitze. Anwesend waren 23 Mitglieder, der Ratsherr Scheelk verließ vor und der Ratsherr Dr. Bethke während der Abstimmung den Sitzungsraum. Von den Verbliebenen enthielt sich einer der Stimme. Sieben waren gegen den Vorschlag, Widerstandskämpfern eine Straße zu widmen, vierzehn waren dafür. Hinter Vorschlag und Abstimmungsverhalten von CDU, FDP und DP stand weniger die Liebe zu Nordschleswig, sondern die eigene Verstrickung in die jüngste Vergangenheit. Die schleswig-holsteinische FDP war deutschnational geprägt, in den frühen 50er Jahren noch mit schwarz-weiß-roter Fahne und dem Reichsadler. Und in der CDU und der von ihr nach 1950 geführten Landesregierung hatten ehemalige Nationalsozialisten lange Zeit einen großen Einfluss. Eine ganz aktuelle Untersuchung belegt, dass von 1950 bis 1971 im Landtag teilweise über die Hälfte aller Abgeordneten ehemalige Mitglieder der NSDAP waren. Das hat wahrscheinlich eine konstruktive Zusammenarbeit im Landtag jahrzehn-

**SERIE**  
Pinnebergs  
Straßen

» Sieben  
Ratsherrn  
waren ge-  
gen den  
Vorschlag,  
Widerstands-  
kämpfern  
eine Straße  
zu widmen,  
vierzehn wa-  
ren dafür. «

telang verhindert. In Pinneberg konnte man offensichtlich ein solches Lagerdenken vermeiden. Denn schon 1957 hat die Ratsversammlung einstimmig in einem Neubaugebiet beim Borsteler Weg die nordschleswigschen Städte Apenrade und Tondern mit einer Straße bedacht. Und ebenfalls einstimmig wurde am 14.12.1961 der in den letzten Kriegstagen hingerichtete Dietrich Bonhoeffer durch einen Straßennamen geehrt. Die Menschen, nach denen Pinneberger Straßen benannt wurden, sind nur einige aus vielen Tausend, die sich gegen das Naziregime wandten und ihr Leben dafür opferten. Der Widerstand kam aus allen Bevölkerungsschichten. Beck und Stauffenberg waren hohe Offiziere, Leuschner kam von den Gewerkschaften und Haubach von der SPD. Goerdeler kam aus dem bürgerlichen Lager und Bonhoeffer von der Kirche. Die Widerstandskämpfer aus der kommunistischen Bewegung, von denen auch viele ihr Leben verloren, spielten bei der Straßenbenennung keine Rolle. Das war anders beim Gedenkstein für die Pinneberger Opfer des Nationalsozialismus auf dem Rathausplatz. Hier stehen die Namen der beiden Sozialdemokraten Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt sowie des Kommunisten Heinrich Geick.



# HAUSHALT 2017: FÜR DIE ERNST-PAASCH-HALLE SOLL GELD FLIEßEN

Die SPD-Fraktion beantragt, 100.000 Euro für den Umbau der Ernst-Paasch-Halle in den Haushalt zu stellen. Zudem soll die Idee eines Fördervereins wieder aufgegriffen werden.

Mit der Zukunft der Ernst-Paasch-Halle verbinden sich die Hoffnungen vieler Pinneberger auf die Schaffung eines eigenen Kulturzentrums für die Kreisstadt. „Herausforderung wird es sein, mit knappen Haushaltsmitteln auszukommen und gleichzeitig bürgerliches Engagement zu aktivieren“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Angela Traboldt. Das Ziel der Pinneberger SPD: Der Erhalt des stadtbildprägenden Gebäudes für Pinneberger Kulturschaffende. „Für uns ist jedoch klar, dass eine nachhaltige Finanzierung eines Kulturzentrums kaum ohne eine breite Unterstützung aus der Pinneberger Bevölkerung zu stemmen ist“, so die Fraktionsvorsitzende Angela Traboldt: „Wir sollten deshalb versuchen, ein Kulturzentrum durch finanzielle Beteiligung über Spenden und Sponsoren zu erreichen und hierfür

die Gründung und eines Fördervereins anstreben.“ Die Stadt Pinneberg sollte dabei Eigentümerin der Ernst-Paasch-Halle bleiben und den Unterhalt und die Bewirtschaftung des Kulturzentrums - zumindestens vorerst - organisieren. Wie und in welcher rechtlichen Form ein städtisch geführter Förderverein aussehen muss, soll nun die Pinneberger Verwaltung erarbeiten und in den nächsten drei Monaten den zuständigen Fachausschüssen zur Entscheidung vorlegen.

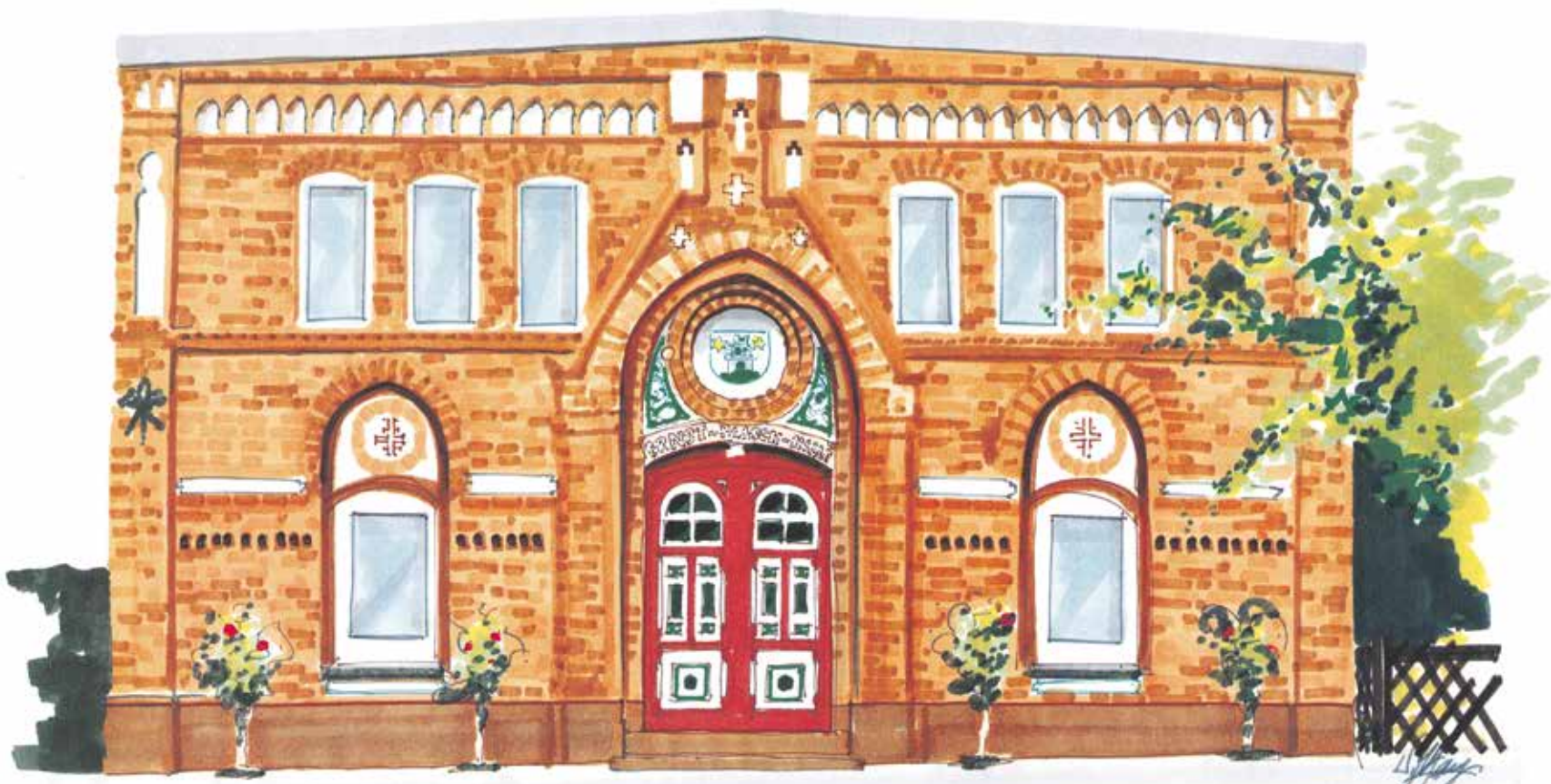
Ziel sollte es dabei sein, das bürgerschaftliche Engagement von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern für „ihr“ Kulturzentrum zu aktivieren. „Wir können uns vieles vorstellen, aber nur wenig leisten, deshalb rufen wir sowohl Privatpersonen als auch Gewerbetreibende und Unternehmen auf, sich für ihre Heimatstadt in einen entsprechenden Förderverein finanziell im Rahmen ihrer Möglichkeiten

»» Wir können uns vieles vorstellen, aber nur wenig leisten, deshalb rufen wir sowohl Privatpersonen und Unternehmen auf, sich zu engagieren. ««

Herbert Hoffmann  
(SPD)

zu engagieren“, so der kulturpolitische Sprecher Herbert Hoffmann (SPD).

Das Thema Zukunft der Ernst-Paasch-Halle beschäftigt die Gremien nunmehr seit 2011 und viele Kulturschaffende fordern, endlich zu einem verlässlichen Ergebnis zu kommen. Dazu wird derzeit an einem Nutzungsänderungsantrag für die ehemalige Turnhalle gearbeitet. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind bereits im Haushalt 2016 verankert. Der Antrag soll unter anderem klären, welche baulichen Mindestmaßnahmen für eine abschließende Umwidmung in ein reines Kulturzentrum notwendig sind. Anschließend ist zu diskutieren, welche der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen sofort und welche in späteren Jahren nach und nach durchgeführt werden können. Damit bei Vorlage einer Nutzungsänderung nicht erneut eine große zeitliche Lücke für erste notwendige Schritte entsteht, werden die Sozialdemokraten einen Ergänzungsantrag zum Haushaltsentwurf 2017 stellen. Dieser sieht vor, 100.000 Euro für notwendige Sanierungsmaßnahmen in den Haushaltsplan einzuwerben. „Es würde der Stadt Pinneberg gut zu Gesicht stehen, künftig eine feste Heimat für die Kulturschaffenden zu haben“, betont Angela Traboldt.







**Umstrittene  
Linienführung.  
Die Buslinie 594  
fährt zukünftig  
teilweise über  
die Bismarck-  
straße. Eng kann  
es vor allem hier  
an der Brücke  
über die Pinnau  
werden.**

## BUSLINIE 594 WIRD VERLEGT

Um die Betriebe und Fachmärkte an der Flensburger Straße besser anzubinden, soll die Buslinie teilweise von der Elmshorner Straße verlegt werden. Doch der Erfolg ist ungewiss.

Fahrgäste des Busses 594 nach und von Quickborn/Norderstedt müssen ab Dezember länger warten. An den vier Haltestellen Bismarckstraße, Schillerstraße, Flaggentwiete und Ratsberg werden mit dem Winterfahrplan 2017 Anfang Dezember mit einer Ausnahme alle nur bis Quickborn und von Quickborn fahrenden „Kurzläufer“ - der 594 A - gestrichen. Der Bus wird dann für eine zweijährige Versuchsphase durch die Bismarckstraße, die Friedenstraße, den Haidkamp und die Flensburger Straße fahren. Grund: Auf Wunsch von Gewerbetreibenden in der Flensburger Straße soll dieses Gebiet an Attraktivität gewinnen und bekannter werden. Man verspricht sich eine Stabilisierung des Einzelhandels und erleichterte Gewinnung von Mitarbeitern. Die Stadtverwaltung erhofft sich höhere Gewerbesteuererinnahmen. Zum Nulltarif gibt es diese Linienverschnenkung nicht. Neben einer Beteiligung von Gewerbebetrieben in der Flensburger Straße muss die finanzschwache Stadt Pinneberg dafür dem für den öffentlichen

**>> Pikant:  
Wegen der  
sanierungs-  
bedürftigen  
Schütten-  
bergbrücke  
über die Pin-  
nau besteht  
in der Bis-  
marckstraße  
ein Durch-  
fahrverbot  
für LKW über  
12 t.. <<**

Nahverkehr zuständigen Kreis Pinneberg für die zwei Versuchsjahre 40.000 Euro als freiwillige Ausgabe zahlen. Zuviel für die SPD-Fraktion. Sie stimmte unter anderem deswegen gegen diesen zweifelhaften Versuch zu Lasten von Fahrgästen von vier Haltestellen in der Elmshorner Straße. CDU und Grüne setzten sich aber knapp durch. Merkwürdig: Obwohl die Fraktion der Grünen und Unabhängigen bereits im Oktober 2015 für eine Verlegung der Buslinie mit Fahrt über die Schüttenbergbrücke in der Bismarckstraße stimmte, beantragte sie im Mai 2016, die Schüttenbergbrücke nur noch für Fußgänger und Radfahrer zuzulassen und zog erst nach Diskussion im Ausschuss diesen Antrag zurück.

Weitere Kritikpunkte zur Verlegung der Buslinie neben der Höhe dieser freiwilligen Ausgabe der Stadt: Es sei kaum anzunehmen, dass die Gewerbebetriebe in der Flensburger Straße einen höheren Umsatz haben werden und die Stadt mehr Gewerbesteuer erhält,

nur weil dort alle Stunde in je einer Richtung ein Bus fährt – im weiteren Verlauf im Straßenzug Friedenstraße/Haidkamp auch noch durch eine verkehrsberuhigte Zone mit vielen Hindernissen.

Pikant: Wegen der sanierungsbedürftigen Schüttenbergbrücke über die Pinnau besteht in der Bismarckstraße ein Durchfahrverbot für LKW über 12 t. Der Bus der Linie 594 wiegt aber mit ca. 20 t weitaus mehr. Dazu die Verwaltung: „Im Unterschied zu einer ständigen Belastung über 12 t hat die Durchfahrt des Busses geringe bis keine negativen Auswirkungen auf die Lebensdauer der Brücke“. Als ob ohne Durchfahrverbot ein LKW nach dem anderen durch die Bismarckstraße fahren würde. Was wohl die Polizei dazu sagt, wenn LKW über 12 t die Bismarckstraße weiterhin nicht befahren dürfen, der Bus aber durchfahren darf?



# RÄTSEL HAUSHALT: WIE ARM IST PINNEBERG?

Ist Pinneberg mit 100 Millionen Schulden eine Pleitestadt?

Oder ist es gar nicht so schlimm, weil laut Statistikamt Nord auf einem Einwohner Elmshorns, Wedels und Quickborns fast doppelt so hohe Schulden lasten? Da bringt eine Bemerkung des vom Kreis Pinneberg „ausgeliehenen“ neuen Stadtkämmerers Jens Bollwahn etwas Licht in das Dunkel. „Die Situation der Kreisstadt ist beileibe nicht so dramatisch, wie in den vergangenen Jahren aus dem Rathaus kolportiert wurde,“ so Bollwahn, der für die Bilanzen für 2013 und 2014 Gewinne zwischen drei und 5,3 Millionen Euro erwartet. Jeder Bürger kann sich die Haushaltspläne ansehen, zum Beispiel den für 2016. (Textrecherche auf der Homepage der Stadt) Der plante mit einem Defizit von 11 Mio Euro, die laufenden Einnahmen (Steuern, etc.) 6,5 Mio Euro niedriger als die laufenden Ausgaben. Katastrophal?! Man findet dort aber auch die Ist-Zahlen für 2014. Die sind nicht schlecht und weisen einen Überschuss von 4,8 Mio. Euro aus. Die getilgten Kredite waren 5,7 Mio Euro höher als die neu aufgenommenen. Also geht es Pinneberg gut!?

Wer mutig ist, kann sich auch noch die älteren Haushaltspläne herunterladen. Die meisten Schulden hatte Pinneberg mit 54 Mio Euro im Jahr 2005, dann ging es bis 2008 runter auf 47,4 Mio stieg 2011 mit 52,6 auf den zweithöchsten Stand der letzten elf Jahre. Seither sinkt sie. Wieso ist dann von den Lokalzeitungen das Etikett Pleitestadt aufgeklebt worden? Vielleicht liegt es an den Unterschieden zwischen Plan und tatsächlichem Ergebnis. 2007 und 2008 war der relativ gering. Danach ist das Ergebnis immer zwischen fünf und sieben Mio. Euro besser als der Plan. Warum wohl? Der Beobachter hat den Eindruck, dass die Stadtverwaltung bei den geplanten Ausgaben häufig ordentlich einen drauflegt und die geplanten Einnahmen zu niedrig schätzt. Am Jahresende gibt es Überschüsse und Haushaltsreste, die hilfreich für das Verwaltungshandeln sind. Das geht über eine vorsichtige Haushaltsplanung hinaus.

Und nur zum Teil lässt sich der Unterschied durch verschobene Baumaßnahmen in den Schulen erklären, bei denen das von der Ratsversammlung bewilligte Geld nicht ausgegeben wurde. Und wie kommen die 100 Millionen Schulden zustande? Für die anstehenden Schulbaumaßnahmen und die Westumgehung wird man Kredite aufnehmen müssen. Das wird den Schuldenstand in den nächsten Jahren über die 60 Mio Grenze treiben.

Nicht seriös und wenig sachkundig ist es, auch die Kredite für den Abwasserbetrieb und die Stadtwerke dazu zu zählen. Die Erträge für das Glasfasernetz werden pinnau.com erst in den nächsten Jahrzehnten zufließen. Beim Abwasserbetrieb kann man den Unterschied zwischen Kosten und Schulden lernen. Hier ist Kostendeckung vorgeschrieben, aber die Bürger zahlen mit den Abwassergebühren nur die Kreditzinsen. Für die Entflechtung von Regen- und Abwasser hätte man zum Beispiel erst einmal umfangreiche Guthaben ansammeln müssen, um die Baumaßnahmen ohne Kredite finanzieren zu können. Da hätten sich die Bürger Pinnebergs zu Recht über zu hohe Abwassergebühren beschwert. Wie ist nun die Lage? Es gibt keinen Grund, den Sparkurs aufzugeben, aber ebenso wenig darf man auf Projekte, die langfristigen Ertrag bringen, verzichten.

Jahr	Kredite Ist	Kredite geplant
2004	51.645 €	
2005	54.093 €	
2006	52.475 €	
2007	48.963 €	48.524 €
2008	47.476 €	48.948 €
2009	48.070 €	53.114 €
2010	52.363 €	53.391 €
2011	52.603 €	58.860 €
2012	52.753 €	59.606 €
2013	51.991 €	58.421 €
2014	49.490 €	54.735 €
2015	47.952 €	51.589 €

## ENTLASTUNG FÜR KITA-ELTERN

Die Haushaltskoalition im Pinneberger Kreistag – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP – will ab 1.8.17 Eltern mit Kindern in Kindertagesstätten oder Kindertagespflege finanziell entlasten

Ermöglicht werden soll das durch Änderungen bei den Sozialermäßigungen.

### Geschwisterermäßigung:

- > 50% für das zweite betreute Kind statt wie bisher 30% des Beitrages
- > 100% für das dritte betreute Kind statt wie bisher 60% des Beitrages.
- > Einsatz des individuellen Einkommensüberhangs der Eltern für die Kita-Betreuung nur noch mit 50% statt bisher 80%

Mit diesen erheblichen Verbesserungen der so genannten „Sozialstaffel“ des Kreises soll diese zu Gunsten der Eltern sozialer gestaltet werden und ihnen helfen, ihre Kinder ohne zu hohe finanzielle Belastung betreuen zu lassen – siehe Beispiel. Mit monatlich 440 Euro für Krippenbetreuung und 296 Euro für Elementarbetreuung – jeweils für 8 Stunden – sind die Kindergartenbeiträge im Kreis Pinneberg im Landesvergleich sehr hoch. Familien mit zwei betreuten Kindern müssen bei Vollzahlung jährlich 8.832 Euro aufbringen. Aber auch die Eltern, die Ermäßigungen nach der geltenden „Sozialstaffel“ erhalten, haben häufig noch einen hohen Eigenbeitrag zu leisten. Das betrifft vor allem Eltern mit geringem oder mittlerem anrechenbarem Einkommen, das über der Einkommensgrenze liegt. Die Haushaltskoalition beim Kreis hofft, dass der Haushaltsplan genügend Spielraum lässt, ihre Ziele zur Entlastung der Familien zu realisieren. Die Mehrausgabe für den Kreis wird auf drei bis vier Millionen Euro geschätzt. „Das wäre ein wichtiger Schritt zu sozialer Gerechtigkeit“, so Dieter Tietz, der sozialpolitische Sprecher der Pinneberger SPD-Fraktion, der gegenüber der SPD-Kreistagsfraktion den Anstoß zur Änderung der „Sozialstaffel“ gab. „Wenn es schon in Schleswig-Holstein finanziell zur Zeit nicht machbar ist, wie in Hamburg einen Teil der Betreuungszeit beitragsfrei zu machen, sollten die Ermäßigungen wenigstens so gestaltet sein, dass man sie auch sozial nennen kann.“

### ENTLASTUNGSBEISPIEL

**Mutter, Vater, ein Kind in der Elementarbetreuung, zweites Kind in der Krippe, beide 8 Stunden, Familieneinkommen 2.400 Euro**

**Bisher von den Eltern mtl. zu tragen: 184 €**  
**Verbesserung Sozialstaffel 69 €**  
**Von den Eltern nur noch zu zahlen 115 €**

**Entlastung jährlich 828 €**

## LESERBRIEF

Erst jetzt habe ich mir die Zeit genommen, um Ihre November-Ausgabe der Rosenblätter zu lesen. Da mich diese Ausgabe sehr angesprochen hat und ich mich dadurch sehr gut und objektiv über Pinneberg informiert sehe, möchte ich Ihnen für dieses Medium mein Kompliment und meinen Dank aussprechen.

Weiter so und viel Erfolg bei der konstruktiven, parteiübergreifenden Weiterentwicklung von Pinneberg. Denn Stillstand ist Rückschritt.

Christian Haage

## DER QUERDENKER

Flüchtlinge kosten Geld für Verpflegung und Unterkunft und die notwendigen Integrationskurse. Das erhöht die Staatsausgaben. Wieviel von wem gezahlt werden muss, weiß man nicht genau, weil Bund, Länder und Gemeinden mit verschiedenen Töpfen dabei sind. Man sollte es deshalb einmal nicht mit einer komplizierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung versuchen, sondern einfach mal fragen, an wen fließt denn das Geld, das für Flüchtlinge ausgegeben wird. Nehmen wir das Beispiel Pinneberg, hier werden sehr viele in Hotels, Pensionen und sonstigen privaten Unterkünften untergebracht. Deshalb wurde die Stadtverwaltung kritisiert, weil das teurer als der Bau von Unterkünften sei.

Vielleicht zu früh, denn inzwischen stehen in Schleswig-Holstein Erstaufnahmeeinrichtungen leer. Sicher ist aber, dass die gezahlten Mieten das Einkommen der deutschen Eigentümer erhöhen. Das Geld für Deutschkurse landet ebenfalls bei Einheimischen, gleiches gilt für die meisten anderen Integrationskurse. Die Flüchtlinge werden mit Essen und Trinken versorgt, das Geld dafür landet bei einheimischen Lieferanten. Das gilt sicher auch für das kleine Taschengeld, das gezahlt wird.

Wer für solche Leistungen bezahlt wird, hat ein entsprechend höheres Einkommen und zahlt dafür Steuern. Ein Teil der zusätzlichen Staatsausgaben finanziert sich also selbst. Der Einwand, dass natürlich alles irgendwo herkommen muss, ist richtig. Aber nirgends wurden wegen der Ausgaben für Flüchtlinge Steuern erhöht. Man muss allerdings auch die Unterschiede beachten. In stark wachsenden Regionen, also auch in Städten wie Pinneberg, werden die preiswerten Unterkünfte knapper. Auf dem flachen Lande ist es anders, da freut sich sogar mancher Bürgermeister, weil sein Dorf wegen der Flüchtlingskinder die Grundschule behalten kann.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Ortsverein Pinneberg  
E-Mail: [info@spdpinneberg.de](mailto:info@spdpinneberg.de)  
Internet: [www.spdpinneberg.de](http://www.spdpinneberg.de)

#### Redaktionsadresse:

SPD-Ortsverein Pinneberg,  
Rotbuchenkamp 75  
25421 Pinneberg

#### Redaktion:

Christian Koch,  
Dieter Koch, Dieter Tietz (V.i.s.d.P)

**Fotos:** Dieter Tietz, dpa,  
fotolia, Wikipedia Commons,  
Reinhard Matthies

#### Gestaltung:

Christian Koch

**Druck:** A. Beig Druckerei und  
Verlag GmbH & Co. KG  
Auflage 18.000 Stück

## BILDERRÄTSEL WELCHE SCHÖNE SEITE PINNEBERGS IST HIER ZU SEHEN?



Wo bietet sich dieser Anblick? Antworten bitte bis zum 15. Dezember 2016 an die Redaktion der ROSENBLÄTTER:

Dieter Tietz  
Ulmenallee 5  
25421 Pinneberg  
oder per Mail an  
[diertietz@gmx.de](mailto:diertietz@gmx.de)

Unter den Einsendern mit der richtigen Lösung werden drei Buchpreise im Wert von je 25 Euro ausgelost. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Hauswappen an der Fabrikantenvilla Warncke in der Schauenburger Straße. Ausgeloste Buchpreise erhielten: Christiane Raasch, Joachim Korn und Dieter Brandt. Herzlichen Glückwunsch!